



Nr. 426 | 05.12.2022

Russland-Analysen

Sanktionen

- **ANALYSE**
Wirtschaftliche Entwicklung durch Rückschritt – zu den Perspektiven der russischen Volkswirtschaft
Michael Hüther, Simon Gerards Iglesias (beide Institut der deutschen Wirtschaft) 2
- **STATISTIK**
Russlands Wirtschaft nach dem Angriff auf die Ukraine 6
- **ANALYSE**
Rückkehr zu Realität
Andrei Yakovlev (Davis Center for Russian and Eurasian Studies an der Universität Harvard, Cambridge, MA) 9

Wirtschaftliche Entwicklung durch Rückschritt – zu den Perspektiven der russischen Volkswirtschaft

Michael Hüther, Simon Gerards Iglesias (beide Institut der deutschen Wirtschaft)

DOI: 10.31205/RA.426.01

Zusammenfassung

Der Krieg gegen die Ukraine wird in der mittel- bis langfristigen Perspektive für Russland tiefgreifende wirtschaftliche Konsequenzen haben. Die Struktur der russischen Ökonomie zeigt, dass eine innovative Erneuerung aufgrund historisch gewachsener institutioneller Barrieren nicht möglich erscheint. Die Abhängigkeit vom Rohstoffsektor könnte zu weiterer Deindustrialisierung oder zu einer importsubstituierenden Industrialisierung auf niedrigem Niveau führen. Gemeinsam mit dem Importschock, den Russland wegen der Sanktionen erleidet, werden diese Entwicklungen den Wohlstandsverlust verstärken.

Strukturelle Schwächen einer Rohstoffökonomie: historische und theoretische Gründe

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die Weltlage politisch und ökonomisch verändert. Für die künftige politische Kooperation mit Russland unter dem gegenwärtigen Regime gibt es derzeit keine konstruktive Perspektive. Das gilt ebenso für die ökonomische Entwicklung. Die russische Führung selbst hat ihre politischen und wirtschaftlichen Optionen faktisch auf China, die Türkei, Indien und einige Randstaaten verlagert. Zusätzlich sind die gegenwärtigen und zu erwartenden Probleme der russischen Volkswirtschaft geprägt von historisch gewachsenen Strukturen des Wirtschaftssystems, das rückwärtsgewandt ist. Die Aussichten für die russische Volkswirtschaft sind alles andere als rosig.

Strukturelle Defizite der russischen Volkswirtschaft

Als Wladimir Putin im Jahre 1999 das *Millennium Manifest* – eine Abhandlung über die Lage der Nation – verfasste, stand das Land am Abgrund. Die makroökonomische Situation war angesichts von Kapitalflucht und De-Investitionen im Zuge der Schuldenkrise des Jahres 1998 angespannt und so attestierte der damalige russische Ministerpräsident seinem Land multiple Schwächen: Ein nicht funktionierendes Rechtssystem, geringe Investitionen, technologische Rückstände sowie ein niedriger Lebensstandard schwächten Russlands weltpolitische Position und gefährdeten die Zukunft. Verstärkt wurde diese negative Wahrnehmung in Russland durch die vom Westen seit den 1980er Jahren gespielte historische Rückständigkeit, die einen Anschluss an internationale Standards verhindert hätte. Diese Positionierung ist nicht überwunden; sie hat historisch-institutionelle Gründe, die lange zurückliegen und die wirtschaftlichen Strukturen bis in die Gegenwart prägen.

Putins Vision und Versprechen im Jahre 1999 waren es, Russland in ein neues Zeitalter des Wohlstands zu

führen, das auf einer innovationsbildenden Ökonomie basieren sollte. Dafür hätte Russland einen grundlegenden strukturellen und institutionellen Wandel vollziehen müssen, um die Dominanz des Rohstoffsektors, seit Jahrzehnten die Stütze der russischen Wirtschaft, zu durchbrechen und Raum für neue Sektoren in der verarbeitenden Industrie zuzulassen. Eine schnelle Erholung aus der Wirtschaftskrise von 1998 war aber zunächst nur durch eine Stabilisierung der Staatsfinanzen und eine Förderung der wettbewerbsintensivsten Industrien zu erwarten, sodass das Wirtschaftswachstum durch den Export von Rohstoffen angetrieben wurde, deren Preise sich in den frühen 2000er Jahren stabilisierten. Die Opportunitätskosten für die Umstellung auf neue Sektoren waren zu diesem Zeitpunkt gewaltig und schienen politisch nicht tragbar. Denn infolge der hohen Rohstoffpreise stiegen die entsprechenden Exporte Russlands zwischen 1999 und 2007 stark an und brachten dem Land einen enormen Handelsbilanzüberschuss als eine Art Windfall-Profit.

Russland ist eine Rohstoffökonomie

Alle Indikatoren zeigen heute, dass Russland strukturell als Rohstoffökonomie verharret und institutionell stagniert oder gar regrediert. Der Autoritarismus des politischen System Putins versucht dieses (selbst bedingte) Versagen durch Strategien wie Großmachtattitüden oder Wertkonservatismus zu überdecken. Allerdings galten diese Schwächen schon vor dem Angriff auf die Ukraine. Die russische Wirtschaftsstruktur lässt sich historisch und theoretisch wie folgt skizzieren:

- Aus *wirtschaftshistorischer* Perspektive: Wirtschaftliches Wachstum wurde in Russland durch massive quantitative Mobilisierung von Produktionsfaktoren erzielt, zeitweise unter Inkaufnahme hoher Verluste an Humankapital. Institutionelle Barrieren verhindern nachhaltig eine diversifizierte industrielle Entwicklung. Der lange Schatten der Sowjetunion liegt

über der russischen Wirtschaftsstruktur und verhindert die Durchsetzung marktwirtschaftlicher Prinzipien sowie die Herausbildung einer innovativen Unternehmerrkultur.

- Aus *wirtschaftstheoretischer* Perspektive: Die herausragende Stellung des dominanten Rohstoffsektors in der russischen Ökonomie ist auf eine pfadabhängige Entwicklung zurückzuführen, die eine Umstellung auf andere Sektoren verhindert. Der Exportboom von Rohstoffen verdrängt das Verarbeitende Gewerbe, deren Produkte aufgrund der Aufwertung des Rubels sowohl auf dem Weltmarkt als auch gegenüber Importprodukten nicht konkurrenzfähig sind. Dieses als *Holländische Krankheit* bekannte Phänomen führt zur Deindustrialisierung und zur Zementierung der herausragenden Stellung des Rohstoffsektors.
- Bereits diese Befunde eröffnen die Aussicht auf eine anhaltend schwache, wenn nicht – bezogen auf das Pro-Kopf-Einkommen – schrumpfende Entwicklung. Denn die strukturellen Hemmnisse und institutionellen Mängel werden künftig nicht mehr wie bisher durch die Erlöse aus dem Export von Ressourcen kompensiert werden, und es gibt keine Aussicht auf eine sinnvolle Nutzung dieser Einnahmen.

Sanktionen als Beschleuniger struktureller Verwerfungen

Bereits seit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim im Jahr 2014 fügen die Wirtschaftssanktionen des Westens der russischen Volkswirtschaft Schaden zu. Das umfassende westliche Sanktionsregime ab Februar 2022 erschwert den Marktzugang Russlands deutlich. Die für einen forcierten Strukturwandel benötigten Technologieprodukte sind nur schwer zu erhalten und das Engagement ausländischer Unternehmen hat sich bereits einigen Jahren deutlich reduziert. So ist der Abstand der heimischen Industrie zum Weltstandard vielfach größer geworden. Die Importbeschränkungen bei Technologieprodukten und die Isolierung des Finanzsystems dürften dabei am wichtigsten sein, auch wenn noch immer kein umfassendes Digitalembargo, wie ein Importverbot von Geräten oder das Abschneiden vom Internet, durchgesetzt wurde.

Türkei, China und Ex-Sowjetstaaten als neue Partner Russlands

Alternative Handelspartner, allen voran China, können den Westen sowohl als Import- als auch als Exportmarkt auf absehbare Zeit nicht adäquat ersetzen. Erste Entwicklungen zeigen, dass alternative Handelspartner zwar vom Decoupling des Westens von Russland profitieren können, und vereinzelt mehr Ausfuhren nach Russland verzeichnen. Allerdings sind die Importe aus

Indien, China oder Brasilien seit Ausbruch des Krieges im Vergleich zu den Vorkriegswerten nur leicht gestiegen oder sogar gesunken. Treffenderweise zogen die Exporte aus der Türkei nach Russland sowie aus dem Dunstkreis der ehemaligen UdSSR, der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GuS), stark an. Auf der russischen Exportseite wird hingegen erst dann ein adäquater Ersatz für Europa gefunden sein, wenn eine entsprechende Infrastruktur wie Pipelines oder LNG-Terminals aufgebaut ist. Ölexporte gehen nach China, Indien und Nordafrika, allerdings unter massiven marktbedingten Preisabschlägen.

Fortschritt durch Rückschritt?

Die Energieexporte Russlands haben sich daher volumemäßig deutlich reduziert, wertmäßig aufgrund starker Preissteigerungen bei Gas jedoch zugelegt, sodass die Handelsüberschüsse angestiegen sind und der Rubel überbewertet ist. Die russische Regierung sieht sich angesichts des schlecht verlaufenden militärischen Feldzuges und der zunehmenden Belastung der heimischen Bevölkerung durch hohe Inflation genötigt, genau jene Maßnahmen zu verstärken, die der Holländischen Krankheit weiter Vorschub leisten: Förderung des militär-industriellen Komplexes sowie die soziale Abfederung der Teuerungseffekte für die Privaten.

Langfristig wird Russland große wirtschaftliche Schäden hinnehmen müssen, wie selbst die Szenarien aus kremlnahen Institutionen zeigen. So sollen die staatlichen Mindereinnahmen aus fehlenden Erdölgeschäften mit Europa ab dem Jahr 2027 jährlich 6,6 Milliarden Dollar betragen. Rückgänge in den Produktionsvolumina der Rohstoffindustrien werden aufgrund wegfallender Märkte nicht mehr ausgeschlossen, wie es aus geleakten internen Strategiepapieren heißt, sodass diese Verluste nicht vollständig kompensierbar sind. Dieser negativen Entwicklung vorgehend zeigt das Technologieembargo bereits seine Wirkung in einem anderen Sektor, obwohl es dem Regime noch gelingt, über Lücken im Sanktionsregime und durch Schmuggel dem teilweise zu entgehen. So kann in Russland weiterhin westliche Software eingesetzt und aktualisiert werden und Hardware-Elektronik gelangt auf den Markt.

Es wäre falsch zu argumentieren, dass Russland die Wirkung von Sanktionen nicht spüren würde. Sanktionen treffen das russische Geschäftsmodell stark, da Russland – anders als die ehemalige Sowjetunion – viel stärker in globale Wertschöpfungsketten abhängig integriert ist. Die Frage ist vielmehr, wie sich Russland vor dem Hintergrund der bestehenden Sanktionen entwickeln wird.

Verhalten multinationaler Unternehmen und Ausweg China

Dazu lohnt ein Blick auf das Verhalten der ausländischen Unternehmen, die in Russland aktiv sind. Denn

im Zuge der staatlich verhängten internationalen Sanktionen reagierten zahlreiche multinationale, vor allem westliche Unternehmen auf den Überfall Russlands auf die Ukraine. Sie fuhren ihr Russlandgeschäft zurück, reduzierten Investitionen, stießen Anteile an russischen Firmen ab oder belieferten den russischen Markt nicht mehr. Eine Vielzahl dieser unterschiedlichen Entscheidungen der Unternehmen fand dabei im Schatten, abseits des Sanktionsregimes statt, auch im profitablen Energiesektor. Mehr als die Hälfte der deutschen Unternehmen mit investivem Engagement hat sich bereits aus Russland komplett zurückgezogen. Amerikanische und andere westliche Unternehmen fahren ähnliche Divestment-Strategien.

Inwieweit China aus geostrategischen Gründen über eine politisch gestützte Investitionsstrategie Russlands Industrie stärken will und damit den Wiederaufbau sowie die technologische Ertüchtigung der russischen Industrie verfolgt, bleibt abzuwarten. Vorerst ist die chinesische Position davon geprägt, Russland als Opponent des Systemrivalen USA zu stärken, aber tatsächlich mehr verbal als durch praktische Hilfe oder Unterstützung. Mittelfristig dürfte China stärker auf die Regeln des Völkerrechts achten, die es selbst bei seinem Aufstieg immer eingefordert hat. Insofern erscheinen eine gewisse Flexibilität und Anpassung der chinesischen Position denkbar. Die Annahme jedenfalls, dass China Russland vorbehaltlos unterstützt, und zwar auf längere Sicht, ist nicht per se plausibel.

Das Geschäftsmodell Russlands wird infrage gestellt

Die Projektion makroökonomischer Indikatoren zeigt, dass Russland insgesamt einen Rückgang seiner Wirtschaftsleistung im unteren einstelligen Bereich in den Jahren 2022 und 2023 erleiden dürfte. Damit fiel die Schrumpfung der Wirtschaft geringer aus als in der Finanzkrise 2008 und wäre deutlich schwächer als in den postsowjetischen Umbruchjahren 1992 – 1994, als zweistellige BIP-Rückgänge zu verzeichnen waren. Zentral für die kurzfristige Stabilisierung der russischen Ökonomie nach Ausbruch des Krieges war die Geldpolitik. Durch das entschiedene Agieren der Zentralbankchefin Elwira Nabiullina konnte die Inflation auf einem mittleren Niveau stabilisiert werden; allerdings erfordert die notwendige Importsubstituierung massive Anlageinvestitionen, die nur bei niedrigeren Zinsen erreicht werden können, was nach massiver Zinsanhebung im Frühjahr die deutliche Herabsetzung im Laufe des Jahres 2022 erklärt. Der moderate Rückgang des BIP ist auf die hohen Energieexporte Russlands zurückzuführen, denn der Konsum und die Investitionen sind stark rückläufig und auch die Industrieproduktion geht zurück. Der hohe Gaspreis gleicht den Mengenrückgang im Export noch aus, allerdings wird auf absehbare Zeit ein Gasem-

bargo die Einnahmen herunterdrücken, vor allem wenn russische Energieprodukte nur noch mit Preisnachlässen auf den verbliebenen Märkten abgesetzt werden können.

Mit anderen Worten: Das Geschäftsmodell der russischen Ökonomie – Rohstoffexporte nach Europa und Import von Hochtechnologie – wird durch Sanktionen und Gegensanktionen massiv geschwächt. Zusätzlich war das Geschäftsmodell ohnehin schon durch die Klimapolitik der EU bedroht, weil die russischen Energierohstoffe durch Dekarbonisierung einen wichtigen Absatzmarkt verlieren. Parallel dazu findet ein veritabler Braindrain statt, der Russland vor gewaltige Herausforderungen stellt, den industriellen Niedergang zu stoppen.

Abseits der Statistiken: Der demografische Exodus

Ein schwierig zu kalkulierender Effekt des Krieges und der Sanktionen sind die demografischen Konsequenzen. Der negative makroökonomische Trend und sinkende Real-löhne führen zusammen mit der stärker werdenden staatlichen Repression und nicht zuletzt durch die Teilmobilmachung zu einer Auswanderungswelle, insbesondere in benachbarte Länder mit freien Visaregelungen für Russen wie die Türkei, Aserbaidschan und Georgien. Vor allem die im September 2022 angeordnete Teilmobilmachung hat diesen Effekt verstärkt, sodass hier von einem spürbaren Exodus an Humankapital gesprochen werden kann.

Das renommierte Lewada-Institut maß in einer Umfrage, dass die gesellschaftliche Zufriedenheit nach Bekanntwerden der Teilmobilmachung Ende September 2022 stark einbrach und die Stimmung unter der russischen Bevölkerung einen historischen Tiefstand erreichte. Zudem äußerte erstmals seit Kriegsbeginn eine deutliche Mehrheit große Sorgen über die Situation in der Ukraine. Der Rückhalt für den Krieg schwindet und die ökonomischen Rücklagen des Landes werden langsam, aber stetig verbraucht. Die Verarmung der Russen wird voranschreiten, wohingegen die staatliche Propaganda ihre verführerischen Dienste effektiv zu nutzen scheint, wenn fast 70 Prozent der Befragten sich als freie Bürger sähen. Russland ist auf dem Weg zu einem totalitären Staat zu werden.

Daher fliehen seit Kriegsbeginn Hunderttausende aus dem Land und seit der Teilmobilmachung steigen diese Zahlen nochmals. Russland veröffentlicht keine Migrationsstatistiken, sodass die Anzahl der Auswanderungen lediglich geschätzt werden kann. Bereits Mitte März, nur zwei Wochen nach Kriegsausbruch, sollen über 300.000 Personen das Land verlassen haben, die überwiegende Mehrheit unter ihnen ist gebildet, jung, hochqualifiziert und männlich, was die wirtschaftliche Entwicklung des Landes auf Jahrzehnte empfindlich treffen wird. Zudem scheint das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht, denn je länger der Krieg dauert und je intensiver die Repression im Land wird, desto mehr Push-Faktoren wird es für potenzielle Emigranten geben.

Dabei verstärkt der Exodus an Arbeitskräften durch den Krieg ein schon länger bestehendes demografisches Problem in Russland. Niedrige Geburtenraten, geringe Lebenserwartung, Alkoholismus und Auswanderung setzen der russischen Wirtschaft zu. Die Regierung versucht mit Umbildungsprogrammen und Anreizen dem Exodus an qualifizierten Arbeitskräften entgegenzuwirken. Ob diese Maßnahmen den Trend umkehren können, ist höchst fraglich, weil bereits in den Vorkriegsjahren in Russland ein massiver Braindrain zu verzeichnen war.

Russland als Sowjetunion 2.0: Perspektive eines Verfalls

Mängel im Ordnungsrahmen, robuste Korruption und ineffiziente Bürokratien verursachen Unberechenbarkeit und entwerteten Investitionsbedingungen, die in solchen ewigen Potentialökonomien ohnehin immer nur mühsam gestaltet werden. Hinzu kommt, dass der öffentliche Sektor schon länger expandiert und privates Unternehmertum bedrängt. Bereits seit Mitte der 2000er Jahre sorgt sich die russische Regierung besonders um strategisch wichtige Sektoren wie die Energiewirtschaft und tendiert – wie beim Projekt Sachalin 2 – dazu, ausländische Beteiligungen nicht nur für die Zukunft zu verhindern, sondern auch bestehende Verträge auszuhebeln. So hatte Russland bereits mit dieser »neuen Industriepolitik«, die mit Verweis auf die Notwendigkeit nationaler Champions begründet wurde, als Investitionsstandort viel von dem Vertrauen eingebüßt, dass es durch die mutigen Reformen im Bereich des Marktzugangs und der Besteuerung nach der Jahrtausendwende errungen hatte.

Diese Mischung aus überkommener sektoraler Industriepolitik und gezielten politischen Prestigeprojekten entsprang einer Tradition, die Modernisierung von oben zu steuern. Dieses Modell hat nirgends lange

getragen. In dieser Hinsicht kehrt sich das Geschäftsmodell Russlands mit dem einstigen Rohstoffsegen in einen Rohstofffluch um. Die starke Abhängigkeit vom Rohstoffexport wird im Hinblick auf eine Abkopplung des Westens zum Verhängnis. Die industrielle Entwicklung wird maßgeblich davon abhängen, wie sich russische Produzenten von wichtigen Technologien des Westens unabhängig machen können. Hier spielt vor allem China eine entscheidende Rolle, das in einigen Branchen bereits der wichtigste Lieferant für die russischen Industrien ist, aber insbesondere im High-Tech Bereich die westlichen Importe noch nicht ersetzen kann.

Vor diesem Hintergrund mag man den Angriff auf die Ukraine als politischen und ökonomischen Selbstmord deuten, denn keines der identifizierten Probleme wird gelöst, alles wird stattdessen auf mittlere und längere Sicht schlimmer. Man kann den Angriff aber auch als Mittel der letzten Wahl deuten, da in Kenntnis der Probleme der volkswirtschaftliche Niedergang ebenso unausweichlich erscheinen muss wie eine dann drohende politische Destabilisierung. Der Krieg dient als Instrument einer Innenpolitik, die mangels Fortschritts und Erfolg nur noch außenpolitisch gerahmt wird.

Die historische Größe Russlands, seine territoriale Ausdeutung, das operettenhafte Gehabe im Kreml sind die offenbar tragenden Botschaften für eine Gesellschaft, die eigentlich keinen Grund hat, historische Bedeutung – jenseits der Kultur – zu verspüren. Weder das zaristische Regime noch die Sowjetdiktatur bieten dafür Anlass. Gesellschaften leben im Hier und Jetzt sowie in Hoffnungen und Erwartungen – in beiden Kontexten hat Putin tatsächlich nichts anzubieten. Und so droht aus Russland eine Sowjetunion 2.0. zu werden: unabsehbar aus ökonomischem und gesellschaftlichem Verfall kodiert.

Dieser Beitrag ist eine kürzere Fassung von: Gerards Iglesias, Simon / Hüther, Michael, 2022, Wirtschaftliche Entwicklung durch Rückschritt – zu den Perspektiven der russischen Volkswirtschaft, IW-Report Nr. 51, <https://www.iwkoeln.de/studien/simon-gerards-iglesias-michael-huether-wirtschaftliche-entwicklung-durch-rueckschritt-zu-den-perspektiven-der-russischen-volkswirtschaft.html>

Über die Autoren

Prof. Dr. Michael Hüther ist Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft und Honorarprofessor an der European Business School, Oestrich-Winkel. Seine Arbeiten beziehen sich theoretisch wie historisch auf Fragen der Wirtschaftsordnung, Wirtschaftspolitik, vor allem auf der Steuer- und Finanzpolitik, sowie der volkswirtschaftlichen Strukturwandel und der Globalisierung.

Neueste Publikationen:

- Hüther, Michael, 2022, Welche Zukunft hat die Soziale Marktwirtschaft? Herder, Freiburg.
- Hüther, Michael / Diermeier, Matthias / Goecke, Henry, 2021, Erschöpft durch die Pandemie. Was bleibt von der Globalisierung?, Springer Verlag, Heidelberg.
- Demary, Markus / Hüther, Michael, 2022, How large is the risk of stagflation in the Eurozone?, in: Interconomics, Jg. 57/Nr. 1, S. 34–39.
- Hüther, Michael, 2021, Der lange Schatten der Hyperinflation, in: List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik, 46. Jg., S. 273–298.

Dr. *Simon Gerards Iglesias* ist persönlicher Referent des Direktors des Instituts der deutschen Wirtschaft. Als Wirtschaftshistoriker befasst er sich aktuell insbesondere mit Themen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten.

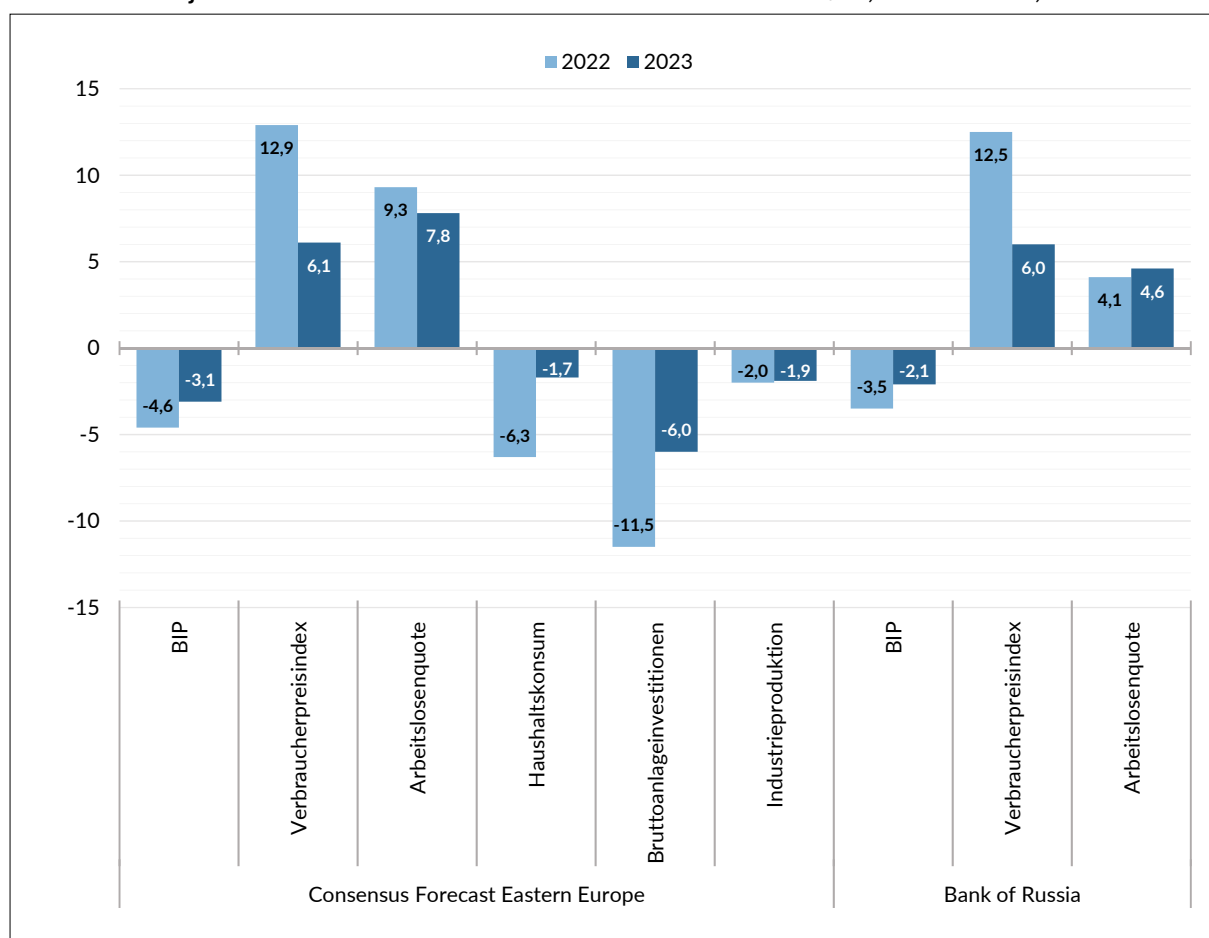
Neueste Publikationen:

- Fremerey, Melinda / Gerards Iglesias, Simon, 2022, Abhängigkeit – Was bedeutet sie und wo besteht sie? IW-Report, Nr. 56, Köln, <https://www.iwkoeln.de/studien/melinda-fremerey-simon-gerards-iglesias-abhaengigkeit-was-bedeutet-sie-und-wo-besteht-sie.html>
- Gerards Iglesias, Simon, 2022, Rohstoffpartnerschaft mit Lateinamerika. Kooperationen in Zeiten globaler Krisen, IW-Kurzbericht, Nr. 81, Köln, <https://www.iwkoeln.de/studien/simon-gerards-iglesias-kooperationen-in-zeiten-globaler-krisen.html>
- Gerards Iglesias, Simon / Hüther, Michael, 2022, Wirtschaftliche Entwicklung durch Rückschritt – zu den Perspektiven der russischen Volkswirtschaft, IW-Report Nr. 51, <https://www.iwkoeln.de/studien/simon-gerards-iglesias-michael-huether-wirtschaftliche-entwicklung-durch-rueckschritt-zu-den-perspektiven-der-russischen-volkswirtschaft.html>

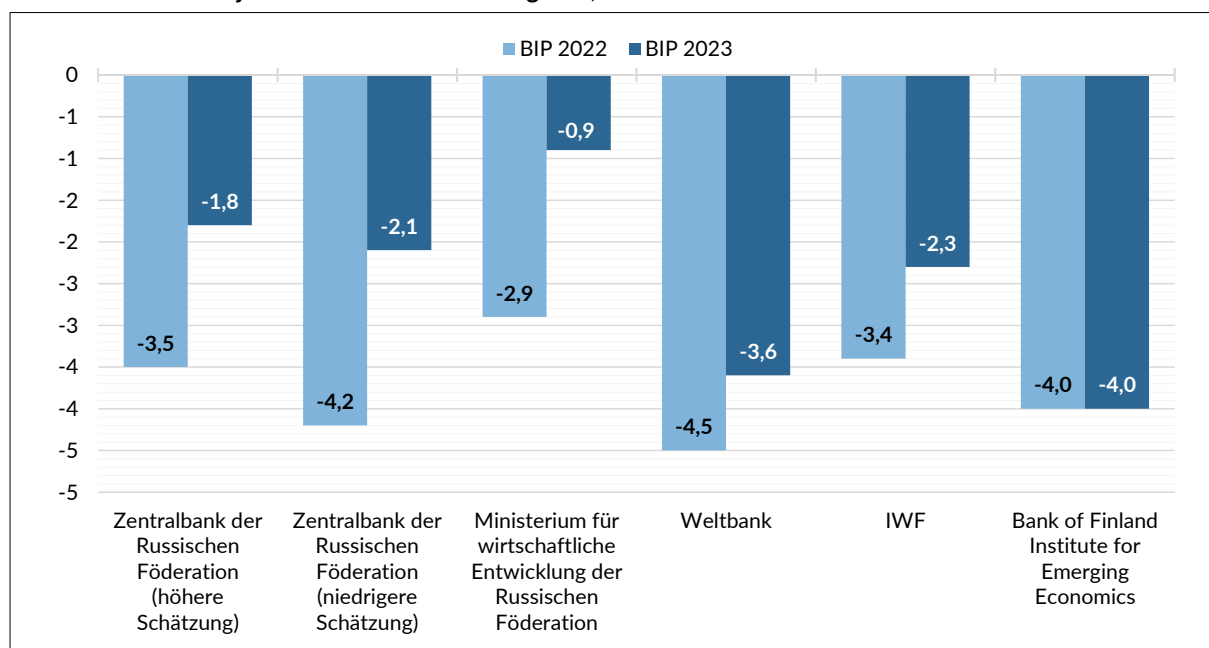
STATISTIK

Russlands Wirtschaft nach dem Angriff auf die Ukraine

Grafik 1: Projektion makroökonomischer Indikatoren für Russland 2022/23, Oktober 2022, in %



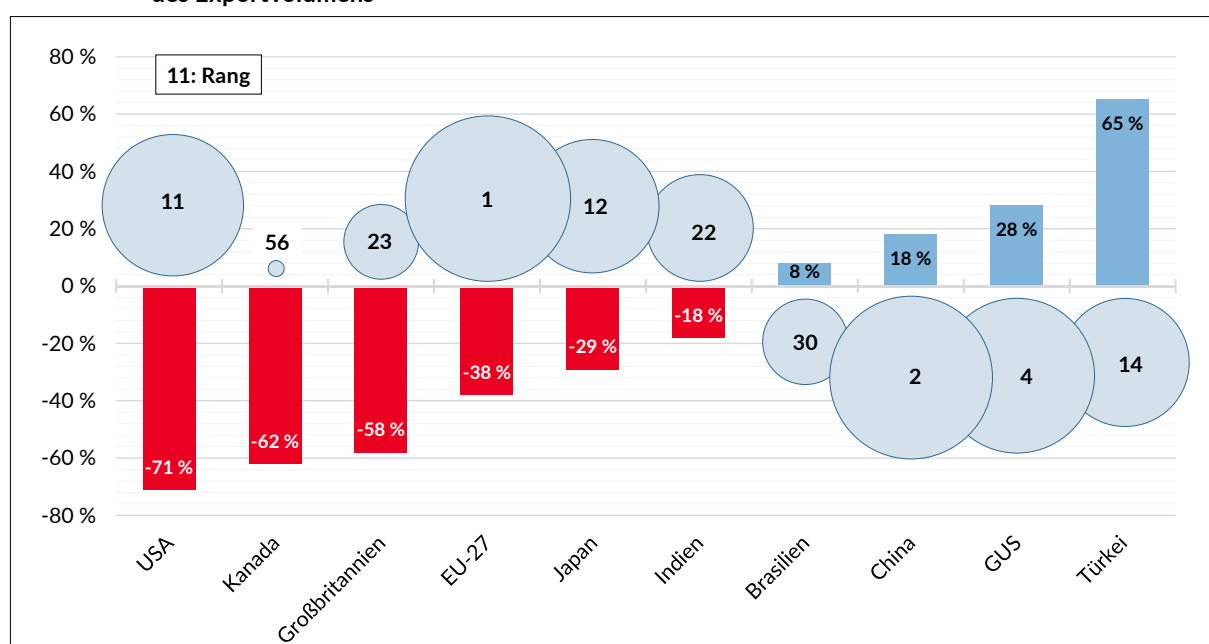
Quellen: Consensus Forecast, Bank of Russia

Grafik 2: BIP-Projektion für Russland im Vergleich, in %

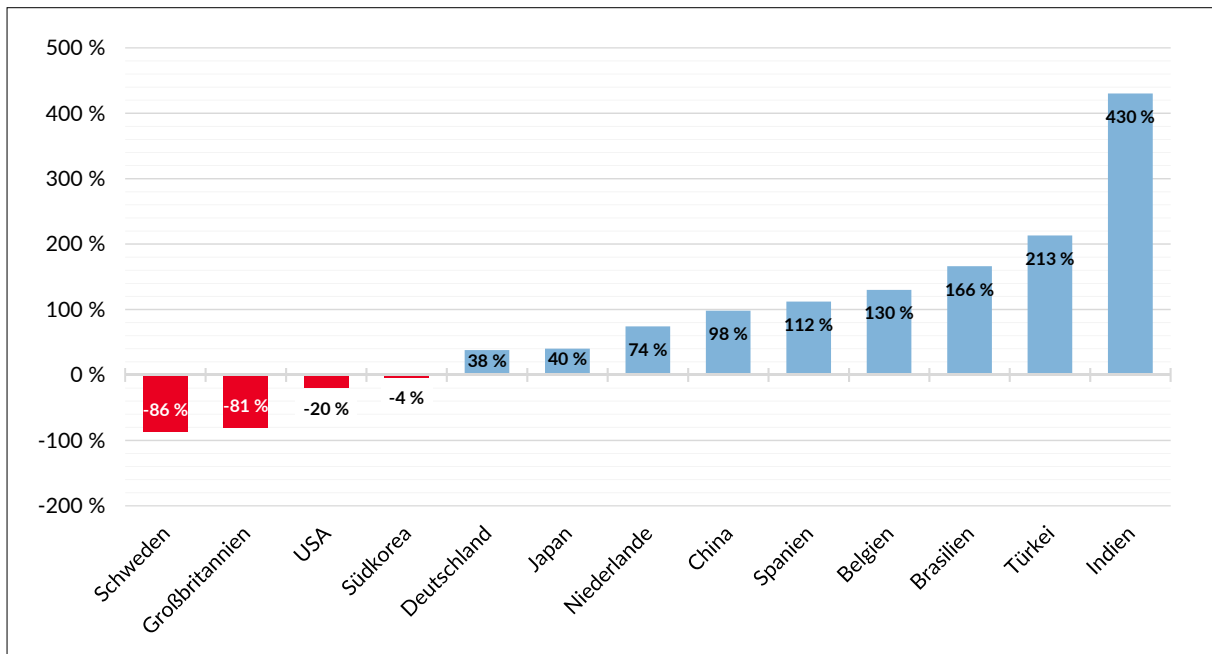
Vergleichswert: 2021 + 4,7 %

Die BIP-Schätzungen wurden im September und Oktober 2022 abgegeben.

Quellen: CBR 12.10.2022, https://www.cbr.ru/statistics/ddkp/mo_br/; Minek 22.09.2022, Reschetnikow, M. (2022): M. Reschetnikow wystupil na sasedanii SF s dokladom o prognoze sozialno-ekonomitscheskogo raswitiia Rossii na 2022 – 2024 gody, <http://council.gov.ru/events/news/129867/>; World Bank 4.10.2022, World Bank. 2022. »Social Protection for Recovery« Europe and Central Asia Economic Update (Fall), Washington, DC: World Bank. Doi: 10.1596/978-1-4648-1928-5. License: Creative Commons Attribution CC BY 3.0 IGO, S. 150.; IMF 11.10.2022, International Monetary Fund (2022): World Economic Outlook: Countering the Cost-of-Living Crisis. Washington, DC. October, <https://www.imf.org/en/Publications/WEO/Issues/2022/10/11/world-economic-outlook-october-2022>; BOFIT 10.10.2022, BOFIT Forecast for Russia 2022–2024, 2/2022, 10 October 2022, <https://www.boat.fi/en/monitoring/forecasts-for-russia-and-china/latest-forecast-for-russia/>.

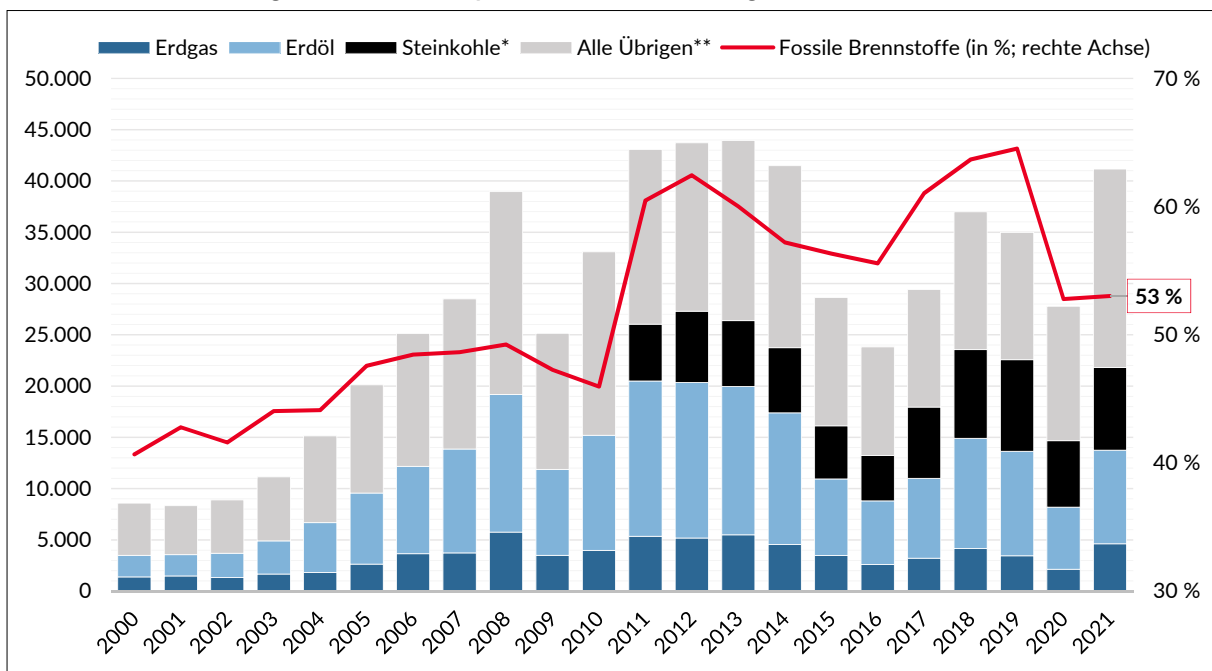
Grafik 3: Exporte nach Russland: Veränderungen des Exportvolumens ab 02/2022 zum durchschnittlichen Exportvolumen zwischen Januar 2019 bis Januar 2022 in % nach ausgewählten Ländern und Rang des Exportvolumens

Quelle: Macrobond

Grafik 4: Exporte aus Russland, in %

Veränderung der monatlichen Durchschnittswerte der Exportwerte nach der russischen Invasion in die Ukraine zwischen März und Oktober 2022 zu den monatlichen Durchschnittswerten 2017 bis 2021

Quelle: Lazaro Gamio, Ana Swanson (2022): How Russia Pays for War, New York Times, Ausgabe vom 30. Oktober 2022, online: <https://www.nytimes.com/interactive/2022/10/30/business/economy/russia-trade-ukraine-war.html>.

Grafik 5: Entwicklung des russischen Exportwertes seit 2000, Angaben in Millionen US-Dollar

Quelle: Macrobond *ab 2011; **beinhaltet bis 2011 ebenfalls Steinkohle

ANALYSE

Rückkehr zu Realität

Andrei Yakovlev (Davis Center for Russian and Eurasian Studies an der Universität Harvard, Cambridge, MA)

DOI: 10.31205/RA.426.02

Zusammenfassung

Die »teilweise Mobilmachung«, die trotz vielmaliger öffentlicher Versprechen, eine solche nicht zu unternehmen, von Putin verkündet wurde, geriet zu einem ernstlichen Schock für die Bevölkerung und dürfte wohl im Weiteren Probleme für den politischen Rückhalt für das Regime bedeuten. Was jedoch die Auswirkungen auf die Wirtschaft des Landes betrifft, sind die Folgen der Mobilmachung kaum zu überschätzen. Die wichtigste Folge der Mobilmachung war ein Einbruch bei den positiven Erwartungen in kleinen und mittleren Unternehmen, die sich in den Sommermonaten vor dem Hintergrund der anhaltenden, überaus großen Exporteinnahmen und der reaktionsschnellen Maßnahmen von Zentralbank und Regierung zur Stabilisierung der Finanzmärkte und zur Stützung der Wirtschaft entwickelt hatten. Allerdings gab es ungeachtet der Erfolge bei der kurzfristigen Stabilisierung der Wirtschaft langfristig keine realen Grundlagen für einen derartigen Optimismus – die Mobilmachung hat die Unternehmer schlichtweg auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt.

Alles nicht so schlimm

Der Spätsommer war von einer beträchtlichen Verbesserung der Prognosen hinsichtlich der Entwicklung des russischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) für 2022 geprägt. Die letzten Einschätzungen der Weltbank gehen von einem Rückgang des russischen BIP von 4,5 Prozent in diesem Jahr aus, im Gegensatz zur Juni-Prognose, die von 8,9 Prozent ausging. Grundlage für eine solche Verbesserung der Einschätzungen war nicht nur das umsichtige Vorgehen der russischen Finanzbehörden, die bereits Ende März für eine Stabilisierung des Währungskurses und des Bankensystems gesorgt und auch die Erwartungen der Wirtschaftssubjekte beruhigt hatten. Darüber hinaus spielten die neuen Programme für vergünstigte Kredite für strategisch bedeutsame Unternehmen sowie für kleine und mittlere Unternehmen, die umgehend und in Anlehnung an die staatlichen Corona-Hilfsmaßnahmen in der kritischen Phase der Pandemie im Frühjahr und Sommer 2020 aufgelegt wurden, eine Rolle. Ein viel grundlegenderer Faktor dürfte allerdings der Anstieg der Weltmarktpreise für Öl gewesen sein, der nach der Verkündung der Sanktionen erfolgte, mit einer entsprechenden Zunahme der Einnahmen aus dem Ölexport, die in erheblichem Maße nicht nur die Haushaltseinnahmen beeinflussen, sondern auch die allgemeine Nachfrage auf dem Binnenmarkt. Darüber hinaus spielte der Faktor eine erhebliche Rolle, dass die Vorräte an Material und Bauteilen in der Industrie und anderen Branchen der Realwirtschaft, die die Unternehmen nach 2020 zur Abfederung der Folgen einer weiteren Corona-Welle angelegt haben, sehr umfangreich sind.

Die Kombination dieser Faktoren hat zu einer veränderten Stimmungslage in den Unternehmen geführt. Den Ergebnissen einer Routinebefragung

kleiner Unternehmen, die die *Stiftung Öffentliche Meinung* (FOM) Ende Juli, Anfang August durchgeführt hat, liegen die aktuellen Einschätzungen der Leiter kleiner Unternehmen zur Nachfrage und den Einnahmeaussichten auf dem Niveau des zweiten und dritten Quartals 2021, und die Erwartungen für das dritte Quartal fallen im Jahresvergleich sogar positiver aus. Die gestiegenen Erwartungen der Unternehmer haben in den Sommermonaten zusammen mit den subventionierten Zinssätzen dazu geführt, dass die Realwirtschaft allmählich wieder im früheren Umfang mit Krediten versorgt wird. Das gilt besonders für den Bereich der Agrarindustrie, und auch für den Wohnungs- und Straßenbau (bei ersterem aufgrund der Ausweitung der Hypothekenprogramme, bei letzterem aufgrund der fortgeführten staatlichen Finanzierung).

Die Stimmung kippt

Gleichzeitig zeichneten sich bereits in dieser Phase aufkommende Probleme bei den Haushaltseinnahmen ab. Unter anderem erfolgte im Juli im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ein Rückgang der Haushaltseinnahmen um 26 Prozent; und im August fielen die Einnahmen um 11 Prozent niedriger aus als im Vorjahr. Parallel wurden zu diesem Zeitpunkt die hohen Kosten der Umorientierung der russischen Exporte in Richtung der asiatischen Märkte offensichtlich, wie auch die fehlenden Möglichkeiten, die Hightech-Importe aus der EU und den USA umgehend durch entsprechende asiatische Produkte zu ersetzen. Diese Probleme sind den Vertretern der großen Unternehmen und auch den Behördenvertretern des Wirtschaftsblocks sehr wohl bewusst, wurden allerdings öffentlich nicht angesprochen (vor diesem allgemeinen Hintergrund bilden die Analysen der Zentral-

bank eine gewisse Ausnahme: Dort wird die Situation mit exakten Formulierungen recht objektiv analysiert).

Im Ergebnis führte das zum September hin zu einer fragilen Balance zwischen den Erwartungen hinsichtlich einer Stabilisierung, die im sehr zahlenstarken Segment der kleinen und mittleren Unternehmen dominieren (wo der Planungshorizont typischerweise kürzer ist), und den Erwartungen, dass der Eintritt in eine längere Krise unausweichlich sei; letztere Einstellungen waren für die Spitzenmanager und Eigentümer großer Unternehmen kennzeichnend. Dass diese Balance der Stimmungen in den Unternehmen aufrechterhalten werden konnte, ist zweifellos auch der Informationspolitik des Kreml zu verdanken. Diese schuf den Eindruck, dass der Krieg (also eigentlich nicht der Krieg, sondern eben eine »Spezialoperation«) irgendwo weit weg stattfindet, und dass er alle, die nicht direkt daran beteiligt sind, nicht betrifft – und dass die Wirtschaft bald zu ihrem früheren Zustand zurückfindet.

Die am 21. September 2022 verkündete »teilweise Mobilmachung« hat diese fragile Balance zerstört. Die Ergebnisse der monatlichen Konjunkturumfrage bei Firmen der Realwirtschaft, die die russische Zentralbank Anfang Oktober durchgeführt hat, zeigen einen merklichen Einbruch der aktuellen Einschätzungen und der Prognosen der Unternehmen, nachdem sich diese Werte im Laufe der sechs vorausgegangenen Monate verbessert hatten. Gleichwohl fielen die Einschätzungen deutlich positiver aus als noch im März und April dieses Jahres, als sie wiederum merklich positiver waren als im März 2020, zu Beginn der Corona-Pandemie.

Auswirkungen der teilweisen Mobilmachung

Zu den unmittelbaren Auswirkungen der Mobilmachung zählt der Umstand, dass Hunderttausende Mitarbeiter aus der Wirtschaft abgezogen wurden. Allein die offizielle Zahl derjenigen, die in die Armee eingezogen wurden, beträgt 300.000, und die Schätzungen zu denjenigen, die nach dem 21. September aus Russland fortgegangen sind, belaufen sich auf bis zu 700.000. Selbst bei der Annahme, dass von den letzteren ein Teil im Homeoffice weiterarbeitet und viele anschließend nach Russland zurückkehren dürften, beträgt die Gesamtzahl derjenigen Mitarbeiter, die aus dem Produktionsprozess herausfallen, wohl kaum weniger als eine halbe Million. Andererseits ist auch zu berücksichtigen, dass die Gesamtzahl der Beschäftigten in Russland Anfang 2022 bei rund 72 Millionen lag. Daher dürfte diese verringerte Zahl der Arbeitskräfte sich wohl kaum in erheblichem Maße auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirken. Weitere Risiken für die Unternehmen ergaben sich aus dem Chaos, das bei der Mobilmachung in den ersten Tagen nach ihrer Verkündung herrschte, als näm-

lich die Wehrersatzämter um jeden Preis versuchten, die Pläne zu erfüllen, die sie von oben auferlegt bekommen hatten. Für großes Aufsehen hatten Fälle von »Treibjagden auf Männer« in Moskau und anderen großen Städten gesorgt, die direkte Parallelen zur »Mobilmachungs«-Praxis in den sogenannten Volksrepubliken Luhansk und Donezk erkennen ließen.

Unter diesen Bedingungen waren von der Mobilmachung oft Mitarbeiter betroffen, die in ihren Unternehmen Schlüsselfunktionen ausübten, was dann in eine Desorganisierung der Produktionsprozesse mündete.

Gleichzeitig sollten die Auswirkungen dieser Faktoren nicht überbewertet werden. Bereits in den ersten Oktobertagen (also noch vor der offiziellen Entscheidung, »Koordinationsstäbe« einzurichten und die Gouverneure zu »Verantwortlichen für die Umsetzung der Mobilmachung« zu machen) begann zwischen großen Unternehmen und regionalen Regierungen ein »Verhandlungsprozess«. Mit dem sollte einerseits eine Erfüllung der Rekrutierungsvorgaben in der Region gewährleistet werden, und andererseits den Unternehmen im Gegenzug jene Mitarbeiter erhalten bleiben (also praktisch von einer Rekrutierung ausgenommen werden), die für die Produktionstätigkeit von kritischer Bedeutung sind. Dieses Modell der Beziehungen zwischen Unternehmen und Regierung erinnert auf traurige Weise an einen Feudalismus mit einer »Leibeigenschaft« hinsichtlich der Mitarbeiter. Andererseits erlaubten es derartige Verhandlungen in der Tat, dass große Unternehmen Schlüsselmitarbeiter behalten und die Kosten durch die Mobilmachung möglichst gering halten können.

Gleichzeitig ist auch klar, dass ein solcher »Dialog« vor allem für große Unternehmen möglich war, die für die regionalen Haushalte eine wichtige Steuerquelle darstellen. Demgegenüber sollten die mittleren und kleinen Unternehmen, die nicht über die nötige Verhandlungsmacht verfügen, unter der Mobilmachung zu leiden haben, was indirekt aus den Zahlen hervorging, die Verteidigungsminister Schojgu bei seinem Treffen mit Präsident Putin am 28. Oktober bekannt gab. Schojgu erklärte unter anderem, dass von den 300.000 Einberufenen 27.000 oder 9 Prozent Unternehmer seien.

Als wichtigste Auswirkung der Mobilmachung ist insgesamt allerdings der Umstand zu betrachten, dass die Wirtschaft dadurch endgültig in das Stadium der Stagnation und Rezession eintrat, nämlich aufgrund eines Stimmungseinbruchs bei den Erwartungen der Unternehmen und Privathaushalte. Dabei ist die Mobilmachung zweifellos ein zusätzlicher Faktor, der zudem eine Destabilisierung der staatlichen Finanzen mit sich brachte, da die von Putin angekündigten Zahlungen an die Einberufenen, die den Widerstand gegen eine Rekrutierung schwächen, wie auch die Ausgaben für die Ausstattung und Ausrüstung der Einberufenen deckeln

sollten, die in keiner Weise im Haushalt vorgesehen sind. In diesem Zusammenhang ist die Entscheidung von Ministerpräsident Michail Mischustin von Ende Oktober 2022 bezeichnend, durch die aus dem Nationalen Wohlfonds eine Billion Rubel zur Deckung

des Defizits im zentralen Haushalt entnommen werden sollen.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Andrei Yakovlev ist einer der führenden russischen Experten im Bereich der Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft als auch der politischen Ökonomie von Reformen. Im Jahr 2017 erhielt er den Yegor Gaidar Preis für Wirtschaft. Seit Oktober 2022 ist er Gastwissenschaftler am Davis Center for Russian and Eurasian Studies an der Harvard Universität.

Lesetipps

- World Bank (2022): Europe and Central Asia Economic Update, Fall 2022: Social Protection for Recovery, Washington, DC, World Bank. online über: <https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/38098>.
- Bank Rossii 2022: Monitoring predpriyatij No. 6, online über: https://cbr.ru/Collection/Collection/File/43418/monitoring_1022.pdf.
- Fond Obschtschestvennoe Mnenie (FOM) (2022): Kak bystro predprinimateli adaptiruyutsya k novej pealnosti? (Soziologija malogo bisnesa), online über: <https://smbiz.fom.ru/post/kak-bystro-predprinimateli-adaptiruyutsya-k-novoj-re-alnosti>.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Anastasia Stoll (verantwortlich)
Chronik: Alena Schwarz, Anastasia Stoll, Hartmut Schröder
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
PD Dr. habil. Linde Götz, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Prof. Dr. Alexander Libman, Freie Universität Berlin
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2022 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>